

Kommentar

Sonderförderung-Ost: Ein Auslaufmodell

Die besondere Wirtschaftsförderung für die neuen Länder ist in jüngster Zeit in die öffentliche Diskussion geraten – und dies, obwohl das derzeitige Förderkonzept der Bundesregierung bis zum Ende des Jahres 2004 festgeschrieben ist, akuter Handlungsbedarf also nicht besteht. Die derzeitige Diskussion kann daher nur als ein Versuch verstanden werden, schon heute den Boden für künftige wirtschaftspolitische Entscheidungen zu bereiten. Leider wird über die Wirtschaftsförderung für die neuen Länder aber viel zu pauschal gestritten, mit der Gefahr, daß nicht sachgerechte Entscheidungen gefällt werden. Notwendig ist vielmehr eine differenzierte Betrachtung.

Erstens: Eine Fortführung der spezifischen Sonderförderung für ostdeutsche Unternehmen über das Jahr 2004 hinaus ist kaum zu rechtfertigen. Diese Sonderförderung – vor allem Investitionszulagen sowie einige kleinere Programme im Bereich der Absatz- und der Forschungsförderung gehören hierzu – war begründet, solange es galt, transformationsspezifische Nachteile der ostdeutschen Unternehmen wie einen Mangel an marktwirtschaftlichen Erfahrungen oder einen desolaten Kapitalstock auszugleichen. Diese Begründung ist nach dem Jahre 2004, 15 Jahre nach der deutschen Einheit, jedoch nicht mehr tragfähig. Vielmehr beruhen die Wettbewerbsprobleme vieler ostdeutscher Unternehmen auf betriebswirtschaftlich-strategischen Defiziten, die durch Wirtschaftsförderung kaum zu beheben sind. Ohnehin gilt: Wer es bis zum Jahre 2005 nicht geschafft hat, sich am Markt zu etablieren, verdient weitere Hilfe nicht. Dieser Teil der Förderung sollte daher – wie geplant – zum Ende des Jahres 2004 auslaufen, und hieran sollte die Politik auch keinerlei Zweifel lassen.

Dies heißt nicht, daß es vom Jahre 2005 an überhaupt keine Förderung für die neuen Länder mehr geben sollte. Fortzusetzen ist auf jeden Fall die Regionalförderung, wie sie auch in strukturschwachen Regionen in Westdeutschland gewährt wird. Im Jahre 2005 – es gehört nicht viel dazu, dies vorherzusagen – wird nämlich in Ostdeutschland ein westdeutsches Niveau bei der Arbeitsproduktivität noch nicht erreicht sein, und auch die Arbeitslosigkeit wird weiterhin den westdeutschen Durchschnittswert übersteigen. Selbst bei Zugrundelegung bundeseinheitlicher Kriterien wird Ostdeutschland deshalb noch Fördergebiet für die Regionalförderung sein, vermutlich sogar als ganzes. Und natürlich werden auch nach dem Jahre 2004 in Ostdeutschland Existenzgründungskredite und technologiepolitisch motivierte Hilfen verfügbar sein – so wie es in Westdeutschland ebenfalls gang und gäbe ist. Dieser Teil der Förderung sollte auf lange Sicht nur noch gesamtdeutsch geregelt werden.

Zweitens: Beizubehalten ist ein Finanzausgleich zugunsten der ostdeutschen Länderhaushalte. Da die Steuerkraft Ostdeutschlands weiterhin deutlich hinter der Westdeutschlands zurückbleibt, können die ostdeutschen Länder und Gemeinden die erforderlichen staatlichen Leistungen wie beispielsweise Infrastrukturausbau, öffentliche Sicherheit, Bildung und Ausbildung nicht voll aus eigener Kraft finanzieren. Sie bleiben auf finanzielle Hilfe angewiesen, und die kann nur vom Bund und den westdeutschen Ländern kommen.

Drittens schließlich: Vielfach wird nicht klar zwischen Wirtschaftsförderung und Transferleistungen unterschieden. Die Höhe der Transferleistungen beruht vor allem darauf, daß die Ausgaben der Renten- und der Arbeitslosenversicherung in Ostdeutschland aus den dort anfallenden Beitragseinnahmen nicht gedeckt werden können. Hier aber bestehen überhaupt keine Kürzungsmöglichkeiten, da diese Leistungen nach bundeseinheitlichen Regelungen gewährt werden.

Aus alledem folgt: Ostdeutschland muß sich darauf einstellen, daß vom Jahre 2005 an weniger Geld aus Subventionstöpfen bereitgestellt wird. Dies ist – wegen der verzerrenden Nebenwirkungen von Beihilfezahlungen – auch gut so. Ganz auf sich gestellt wird dieser Landesteil aber auch dann nicht sein; denn Steuer- und Beitragszahler in Westdeutschland werden weiterhin in nicht unbeträchtlichem Maße Mittel für die neuen Länder zur Verfügung stellen.

Joachim Ragnitz
(jrg@iwh.uni-halle.de)